

Energieeffizienz als Treiber der Wirtschaft: Energie- und forschungspolitische Rahmenbedingungen

Als wir vor etwa einem Jahr, im Sommer 2011, den Startschuss zur Energiewende gegeben haben, dachten viele: in drei oder vier Jahren ist diese Sache erledigt. Sie haben die Dimension der Aufgabe unterschätzt. Die Energiewende ist ein Mehrgenerationenprojekt. Nach einem Jahr sind wir aber spürbar vorangekommen. Wir haben allein im Bundeswirtschaftsministerium 17 Energiegesetze und -verordnungen in dieser Zeit neu gefasst oder geändert. Auch andere Ressorts haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit ihren Teil dazu beigetragen.

Die Zukunftsvorsorge steht bei uns ganz oben auf der Agenda. Wissenschaft und Forschung leisten einen wichtigen Beitrag zur Energiewende. Daher haben wir für die Energieforschung neue Wege ermöglicht: Wir haben ein neues Energieforschungsprogramm vorgelegt und die Mittel – wie wohl in keinem zweiten Bereich der Forschung – stark aufgestockt. Denn eins ist klar: Die Energiewende ist kein Projekt für eine Legislaturperiode, es werden viele folgen. Um 2050 erfolgreich das Ziel zu erreichen, müssen wir frühzeitig in Innovationen und neue Technologien investieren. Langfristig sind sie der Treiber der Energiewende. Auch wenn wirtschaftliche Fragen bei neuen Technologieentwicklungen nicht im Vordergrund stehen, am Ende spielt die Wirtschaftlichkeit eine wichtige Rolle. Aber um innovative Technologien in Zukunft großwirtschaftlich einsetzen zu können, müssen sie erst einmal vorhanden sein. Dazu leistet die Energieforschung einen grundlegenden Beitrag.

Wir haben einiges erreicht, aber wir stehen immer noch am Anfang des Weges. Es geht um große Beträge, um Milliardeninvestitionen, in den nächsten 40 Jahren. Deshalb ist es jetzt wichtig, dass alle Akteure an einem Strang ziehen, und zwar nicht nur die Wissenschaftler in der Forschung. Wir brauchen die Partner in den Ländern, wir brauchen keine 16 Energiewenden, wir brauchen eine Energiewende. Deswegen arbeiten wir gemeinsam mit dem Umweltministerium und den Ländern in den verschiedenen Plattformen zusammen. Wir brauchen die Länder bei der Beschleunigung der Genehmigungsverfahren im Bereich des Netzausbaus. Wir brauchen die Unternehmen im Markt, bei Investitionen in die Energieinfrastruktur. Und wir brauchen die Wissenschaft bei der Entwicklung der zukünftigen Lösungen. Unsere Aufgabe als Bundesregierung ist, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Das gilt auch für die Energieeffizienz. Hier stecken große Potenziale für eine erfolgreiche Energiewende, ob nun in den Gebäuden, in Privathaushalten oder in der Industrie. Es gilt: Jede eingesparte Kilowattstunde muss nicht erzeugt, transportiert und muss auch nicht bezahlt werden. Alle wirtschaftlichen Potenziale zur Energieeinsparung auszuschöpfen, ist daher ein Gebot ökologischer und ökonomischer Vernunft. Deutschland kann bei der Energieeffizienz auf große Erfolge schauen. Wir sind eine äußerst energieeffiziente Industriegesellschaft. Wir sind das einzige Industrieland, das geschafft hat, Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch über die Jahre zu entkoppeln. Das heißt, unsere Energieproduktivität steigt. Wir verbrauchen weniger Energie und produzieren trotzdem mehr. Das hat weder die japanische noch die amerikanische Industrie bisher geschafft. Wir führen seit 2005 rd. 20 Prozent weniger Mineralöl ein, weil wir es nicht mehr brauchen. In Brüssel, wenn über Gebäudesanierung gesprochen wird, werden unsere KfW-Programme seitens der Kommission den anderen Staaten immer als best practice-Programme vorgeführt. Wir haben etwas vorzuweisen in diesem Land.

Es gibt immer wieder die Behauptung, wir im Wirtschaftsministerium blockieren die weitere Erhöhung der Energieeffizienz. Das ist falsch. Wir sind für mehr Energieeffizienz, wir sind nur nicht für Zwang bei der Energieeffizienz. Wir wollen das Sparen nicht von staatlicher Seite vorgeben. Wir setzen auf Anreize, auf Beratung und Information. Denn Energieeffizienz wird den deutschen Unternehmen in der Zukunft riesige Chancen bieten, auch im europäischen und internationalen Kontext.

Effizienztechnologien „Made in Germany“ sind heute schon Weltspitze. Das ist auch das Ergebnis solider, kontinuierlicher Forschung und Entwicklung. Viele Unternehmen, auch der Mittelstand, haben inzwischen diese Chancen erkannt und engagieren sich bei der Entwicklung und Einführung von Effizienztechnologien.

Da wo es Entwicklungsrisiken gibt und die erforderlichen Finanzmittel fehlen, können sie mit der Unterstützung der Energieforschung des BMWi rechnen. Seit Anfang Oktober fördern wir durch Zuschüsse auch den Einsatz hocheffizienter Querschnittstechnologien im Mittelstand. Der Markt für energiesparende



Detlef Dauke
Ministerialdirektor
Leiter der Abteilung Energie im
Bundesministerium für Wirtschaft
und Technologie
detlef.dauke@bmwi.bund.de

Produkte und Dienstleistungen wird in den nächsten Jahren weiter wachsen.

Derzeit sind im Bereich Energieeffizienz die Verabschiedung der Effizienzrichtlinie und ihre Umsetzung ins nationale Recht aktuell. Die Vorbereitungen zu einem Gesetzentwurf laufen zurzeit im Bundeswirtschaftsministerium an, aber dazu wird es eine notwendige Analyse und insbesondere auch Datenerhebung geben müssen. Grundsätzlich wollen wir die Umsetzung der Effizienzrichtlinie nutzen, um unsere erfolgreiche Politik im Bereich der Energieeffizienz fortzuführen. Insgesamt setzen wir dabei auf die Stärkung marktorientierter Lösungen und die Weiterentwicklung des Energiedienstleistungsmarktes sowie auf passgenaue Beratung und Information. Das ist der Dreiklang dessen, was wir unter Energieeffizienz verstehen: Anreiz, Information und Beratung.

Eine entscheidende Rolle bei der Erreichung der ambitionierten Ziele spielt der Gebäudebereich, der große Effizienzpotenziale birgt. Gebäude sind für 40 Prozent des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Wir haben das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW deutlich aufgestockt. In diesem und in den kommenden beiden Jahren stehen dort jeweils 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Es soll aber nicht dabei bleiben. Wir, die Bundesregierung, sind ehrgeiziger. Wir hätten gern die steuerliche Absetzbarkeit energetischer Sanierungsmaßnahmen, müssen dies aber mit den Ländern abstimmen.

Im Wirtschaftsministerium verstärken wir Information und Beratung für Wohnungseigentümer und Haushalte genauso wie für mittelständische Unternehmen. Dabei sehen wir nicht die ganz großen Unternehmen sondern eher die kleineren als unseren Adressat. Ende September 2012 haben wir das Beratungsangebot erweitert. Bundesminister Rösler hat hier in Berlin am ersten so genannten „Energiesparcheck“ teilgenommen, eine mobile Energieberatung im Haus oder der Wohnung des zu Beratenden – durchgeführt von den Verbraucherzentralen, gefördert von BMWi.

Wir wollen keine „von oben“ diktierte Gebäudesanierung. Vielmehr soll der Eigentümer entscheiden, wann und in welchen Schritten er sein Gebäude saniert. Dafür braucht er langfristige Planungssicherheit durch langfristige Strukturen. Wir setzen auf dem ganzen Weg auf einen Wettstreit um die kosteneffizientesten Lösungen und die Vermeidung unnötiger Bürokratie. Das muss und wird das Leitbild sein, wenn wir die neue Energieeinsparverordnung verabschieden. In Übereinstimmung mit den europäischen Vorgaben sollen ab 2021 alle Neubauten in Europa so genannte Niedrigstenergiegebäude sein. Für öffentliche Gebäude gilt das bereits ab 2019. Das

heißt: der nur noch sehr geringe Energiebedarf in neuen Gebäuden soll überwiegend durch erneuerbare Energien gedeckt werden.

Wichtig für das Bundeswirtschaftsministerium ist, dass bei all diesen Maßnahmen die Wirtschaftlichkeit gewahrt bleibt. Angesichts der bereits 2009 erfolgten Verschärfung innerhalb der Energieeinsparverordnung sind die Spielräume nur noch sehr begrenzt. Der gemeinsame Entwurf des Bundeswirtschafts- und Bundesbauministeriums wird daher ein maßvolles Vorgehen im Bestand vorsehen, ohne dass der notwendige Ehrgeiz dabei zu kurz kommt. Die energetischen Anforderungen an Neubauten sollen stufenweise angehoben werden, ohne dass die Eigentümer überfordert werden. Der Energieverbrauch von Neubauten soll in zwei Schritten gesenkt werden: 2014 und 2016 um jeweils 12,5 Prozent. Wir haben auch schon Kritik dafür bekommen, dass das zu ehrgeizig wäre. Ich halte es jedoch für machbar. Zudem wird der Energieausweis gestärkt, um Bürgerinnen und Bürgern die Beurteilung der energetischen Qualität eines Gebäudes zu erleichtern.

Mehr als 20 Millionen Euro pro Jahr stellt das Wirtschaftsministerium im Rahmen der Energieforschung für die Förderprogramme „Energieoptimiertes Bauen“ und „Energieeffiziente Stadt“ zur Verfügung. Nur so konnten in den letzten Jahren die Voraussetzungen für Fortschritte beim Stand der Technik erreicht werden. Sie haben den hohen energetischen Standard bei Neubauten erst ermöglicht und wir werden europaweit, selbst von skandinavischen Staaten, an dieser Stelle beneidet.

Doch die größte Zukunftsaufgabe für mehr Energieeffizienz im Gebäudebereich ist und bleibt die Sanierung im Bestand. Auch hier ist der beste Weg, durch Forschung und Entwicklung die notwendigen technischen Lösungen vorzubereiten und ihren Markteintritt zu beschleunigen. Wir werden daher die Förderung gezielt auf die Erschließung von Effizienzpotenzialen im Gebäudebestand ausrichten und damit auch finanziell verstärken. Somit kommt die Mittelaufstockung in der Energieforschung am Ende allen Bürgern zugute.

Lassen sie mich zum Abschluss noch ein paar Worte zur Energieforschung im Allgemeinen sagen. Es ist zweifelsohne so, dass die Energiewende ohne Innovationen und zukunftsfähige Technologien nicht gelingen wird. Die Energiewende braucht die Energieforschung und die Energieforschung braucht die Energiewende. Die Energieforschung braucht solide Rahmenbedingungen und einen für die Wichtigkeit der Aufgabe angemessenen Finanzrahmen. Mit dem 6. Energieforschungsprogramm haben wir unseren

Beitrag geleistet. Es sind rund dreieinhalb Milliarden Euro, die wir in den Jahren 2011 bis 2014 zur Verfügung stellen, um Unternehmen, Universitäten, Forschungseinrichtungen bei der Entwicklung von Technologien zu unterstützen. Das ist eine Steigerung von 75 Prozent gegenüber der Vergleichsperiode 2006 bis 2009. Dies zeigt, dass die Energieforschung einen absolut festen Platz in der Energiepolitik einnimmt.

Wenn ich mir die Reaktion auf das neue Energieforschungsprogramm im Parlament aber auch in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit ansehe, dann gibt es insgesamt große Zustimmung. Ich sage das nicht nur, weil das BMWi bei diesem Programm federführend war, sondern auch weil es eine gute Zusammenarbeit zwischen den Ressorts gegeben hat, zwischen dem BMWi, dem BMU, dem BMELV und dem BMBF. Das zeigt sich auch an den gemeinsam aufgesetzten Förderinitiativen z. B. auf dem Bereich der Energiespeicher. Ich glaube, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.

Meine Damen und Herren, die Energiewende ist ein Mehrgenerationenprojekt. Es ist in unser aller Interesse, dass sie in ausgewogener Weise voranschreitet. Wir brauchen Zeit, wir nehmen uns die Zeit, auch wenn einige schon morgen alles geregelt haben wollen. Die Energiewende kann aber nur gelingen, wenn wir alle ins Boot bekommen: Wirtschaft, Wissenschaft, Investoren, Bürger und Verbraucher. Wir haben schon früher gesagt, dass dies ein teurer Weg sein wird. Das ist keine überraschende Erkenntnis, sondern war im gesamten Prozess bereits angelegt.

Doch am Ende werden wir nicht nur über Probleme reden, sondern auch über die Chancen der neuen Technologien für den Industriestandort Deutschland. Wir werden sie nutzen, wir werden sie erkennen und wir werden sie möglicherweise auch in der Welt verkaufen können, so dass der Industriestandort auch seinen Vorteil davon hat. In diesem Sinne: Leisten Sie weiter ihren Beitrag, den Sie bisher in hervorragender Weise eingebracht haben und Sie werden in mir und dem Bundeswirtschaftsministerium stets einen guten Partner haben.